

Ranking unterstreicht Transparenzgesetz

NACHGEFRAGT bei Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion

Kürzlich wurde in Berlin das bundesweit erste Transparenz-Ranking vorgestellt. Von wem? Und worum geht es dabei?

Das Transparenzranking ist ein Projekt der gemeinnützigen Vereine Open Knowledge Foundation Deutschland e.V. und Mehr Demokratie e.V. Erstmalig wurden die Informationsfreiheits- und Transparenzgesetze in den deutschen Bundesländern miteinander verglichen und auf ihre Tauglichkeit überprüft. Man wollte darstellen, wo der Zugang auf Informationen für Bürgerinnen und Bürger leicht und wo er besonders erschwert ist. Dabei lässt sich die Entwicklung der Informationsfreiheitsgesetze in den Bundesländern in drei Stufen unterteilen: Bundesländer ohne gesetzliche Regelungen (Bayern, Hessen, Niedersachsen, Sachsen). Bundesländer mit Informationsfreiheitsgesetzen, nach denen Informationen auf Antrag herausgegeben werden müssen (Thüringen, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein). Bundesländer mit Transparenzgesetzen, die Behörden zusätzlich zur eigenständigen Veröffentlichung von zentralen Daten verpflichten (Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz).

Und wie sieht das Ergebnis für Thüringen aus?

Dass Thüringen gemeinsam mit Baden-Württemberg und dem Saarland auf dem letzten Platz sämtlicher Länder mit gesetzlichen Regelungen zur Informationsfreiheit landete, unterstreicht deutlich die Notwendigkeit, das bisherige Informationsfreiheitsgesetz (IfG) mit seinen vielen Einschränkungen durch ein modernes Thüringer Transparenzgesetz zu ersetzen, das einen echten Beitrag zur Stärkung der

politischen Teilhabe und öffentlichen Kontrolle leisten kann. Die Untersuchung kommt auch zu dem Ergebnis, dass Thüringen deshalb so schlecht abschneidet, weil das 2012 eingeführte Gesetz nur unzureichend die Informationsrechte regelt. Es sieht zu viele Ausnahmen vor, mit denen Informationen geheim gehalten werden können, und es gibt keine bürgerfreundliche Gebührenregelung.



Dies soll nun geändert werden!

Mit einem von den rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen vorgelegten und im Juni 2016 vom Landtag beschlossenen Antrag wurde die Entwicklung eines Thüringer Transparenzgesetzes auf den Weg gebracht, das genau diese Missstände beseitigen, Ausnahmen und Ablehnungsgründe reduzieren soll. Ziel ist ein elektronisches Transparenzregister, in dem die staatliche Verwaltung umfangreich und proaktiv Informationen veröffentlicht und Bürger kostenlosen und anonymen Zugang haben. Für einfache Auskünfte auf Antrag, die ebenfalls öffentlich zugänglich gemacht werden, soll es Verwaltungskostenfreiheit geben.

Wie sieht der weitere Fahrplan für ein Thüringer Transparenzgesetz aus?

Wir erwarten dazu noch im Frühjahr 2017 einen Gesetzentwurf der Landesregierung, der sich auch an den Erfahrungen der Transparenzgesetze aus Hamburg und Rheinland-Pfalz und dem Vorschlag des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit orientieren soll.

In der Koalition verabredet ist die Einführung des Thüringer Transparenzregisters zum 1. Januar 2019. In einer Übergangszeit von zwei Jahren sollen dann sämtliche veröffentlichungspflichtige Dokumente eingestellt sein. Positiv im Länder-Transparenz-Ranking hervorgehoben wird die in Thüringen angestrebte Einbeziehung der kommunalen Ebene, zunächst mit der Integration einer Modellkommune in das Transparenzgesetz.

Viele Menschen interessieren gerade Informationen aus ihrem direkten Umfeld. Daher ist es wichtig, dass sie auch damit perspektivisch Verwaltungsprozesse besser nachvollziehen und sich eine fundierte Meinung bilden können. Das Ergebnis des Rankings muss für Thüringen und seine Behörden Ansporn sein, künftig in der vorderen Liga mitzuspielen und sich weiter zu einem 'Open Government' zu entwickeln, also hin zu einer transparenten Politik, einer Öffnung von Staat und Verwaltung gegenüber der Bevölkerung und der Wirtschaft.

Nur ein umfangreicher Zugang zu Informationen schafft Vertrauen und Partizipationsmöglichkeiten - zwei wichtige Voraussetzungen, um den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen aber auch der Politikverdrossenheit zu begegnen.

Zu den Einzelheiten und Ergebnissen des Rankings: <http://Transparenzranking.de>

VON A BIS Z:

Digitalstrategie

Den Vorschlag der Grünen im Landtag, einen Fachausschuss zur Digitalstrategie einzusetzen, hat MdL Katharina König begrüßt:

„Im Bereich des eGovernments hat Thüringen noch immer Nachholbedarf, und es ist erfreulich, dass sich in den Ministerien endlich etwas in diese Richtung bewegt. Fatal wäre es aber, wenn jedes Landesministerium dabei sein eigenes Süppchen kocht. Denn nur Interoperabilität und Kompatibilität der Systeme untereinander stellen sicher, dass Aktenvorgänge schnell auch ressortübergreifend bearbeitet werden können. Dies bedarf aber eines abgestimmten Vorgehens der Ministerien bereits bei der Einrichtung. Eine Beteiligung des Landtages an diesem Prozess halte ich ohnehin für unabdingbar, da die eGovernment-Bemühungen im Einklang mit den Zielstellungen des Gesetzgebers stehen müssen - und das ist nun einmal das Parlament.“

Schon im Hinblick auf bereits geplante Gesetzesvorhaben wie das Transparenzgesetz ist es notwendig, dass das Vorgehen mit dem Landtag abgestimmt wird. So kann vermieden werden, dass Zeit und Geld in Fehlentwicklungen gesteckt werden. Ein Fachausschuss zur Digitalisierung der Landesverwaltung kann helfen, den Übergang ins eGovernment zu koordinieren. Am Ende muss eine Gesamtstrategie erkennbar sein, die bestenfalls auf offene Standards setzt, um tatsächlich einen Mehrwert für die Bürger auch langfristig sicherzustellen.“

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Plenarsitzungen des Thüringer Landtags finden statt in der Zeit vom 22. bis 24. März, vom 5. bis 7. April, vom 3. bis 5. Mai und vom 31. Mai bis 2. Juni.

Bei Interesse an Teilnahme an einer der Sitzungen bitte rechtzeitig in der Geschäftsstelle der Linksfraktion melden (Tel. 0361 3772295).

Vorankündigung:

Der Thüringer Landtag und seine Fraktionen laden ein zum Tag der offenen Tür am Sonnabend, den 17. Juni.

Über die Aktivitäten der Linksfraktion immer auf dem Laufenden im Internet unter:

www.die-linke-thl.de

Netzentgelte

Als „Schritt in die richtige Richtung“, bezeichnete MdL Steffen Harzer das auf Initiative von Thüringen zustande gekommene Bundesratsvotum zu einheitlichen Netzentgelten in Deutschland. Eine Kehrtwende in der Energiepolitik sei dringend notwendig. „Wir brauchen eine Energiepolitik, die auf Einsparung, Ausstieg aus konventioneller Erzeugung, regionale Erzeugung und Verbrauch, Transport und Speicherung setzt, eine Energiepolitik aus einem Guss und nicht einen gesetzlichen Flickenteppich mit nicht mehr nachvollziehbaren Regulierungen“, unterstreicht der Abgeordnete mit Blick auch auf die bevorstehenden Bundestagswahlen, „bei denen entsprechende Weichenstellungen möglich sind“.

Waldstilllegung

In der Debatte um die Waldstilllegungsziele der rot-rot-grünen Koalition hat MdL Tilo Kummer den Vorrang von wissenschaftlichen Argumenten gefordert. „Gerade bei Wäldern mit den höchsten Besucherzahlen und der besten touristischen Erschließung müssen Wildniskonzepte auf ihre Tauglichkeit geprüft werden.“ Für die besonders zu schützenden, seltenen Urwaldrelikt-Arten seien Schutzgebiete von 40 bis 100 ha erforderlich. Davon braucht es ein landesweites Netz, welches mit dem Fünf-Prozent-Stilllegungsziel von Rot-Rot-Grün problemlos umgesetzt werden kann. Was die nationalen Naturerbestflächen betrifft, spricht sich der Abgeordnete für die vollständige Anerkennung der Stilllegungsziele aus.

Flüchtlingspolitik

In der jüngsten Ausgabe des „Ärztblatts Thüringen“ beklagen Landesärztekammer und Kassenärztliche Vereinigung, Land und Kommunen ließen Ärzte auf Behandlungskosten für geflüchteter Menschen „sitzen“. Dazu MdL Sabine Berninger: „Die rot-rot-grüne Koalition hat sich eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik vorgenommen mit u.a. einem unbürokratischeren Zugang zur medizinischen Versorgung, der sich 'im konkreten Verwaltungshandeln widerspiegeln' soll (Koalitionsvertrag). Dies muss natürlich für das Verwaltungshandeln gegenüber jenen gelten, die tagtäglich und im praktischen Handeln den Anspruch erfüllen und Asylsuchende unterstützen.“